



HESSISCHER LANDTAG

21. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag missbilligt die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energiekonzernen zu den geplanten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke. Die Vereinbarung widerspricht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.
2. Der Landtag hält die Beteiligung des Bundesrates an der Entscheidung über Laufzeitverlängerungen für dringend geboten, da die Länder für die Atomaufsicht zuständig und somit finanziell betroffen sind.
3. Der Landtag spricht sich für den Ausbau erneuerbarer Energien aus. Ein Festhalten an der Atomkraft verhindert einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien.
4. Der Landtag stellt fest, dass die kommunalen Energieversorger durch die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke stark beeinträchtigt werden. Vor dem Hintergrund der umfassenden staatlichen Subventionen für die Atomindustrie stellt sie eine weitere Benachteiligung von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern dar.
5. Der Landtag spricht sich gegen eine Energiepolitik zulasten kommender Generationen aus. Eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke bedeutet eine Vervielfachung der radioaktiven Abfälle, für die es kein Endlager gibt. Damit wird den kommenden 33.000 Generationen die Verantwortung für hochgefährliche Altlasten aufbürdet.
6. Der Landtag erkennt an, dass auch die Uranvorkommen endlich sind und die deutschen Lagerbestände einen Betrieb der Atomkraftwerke über ein halbes Jahr hinaus nicht ermöglichen. Darüber hinaus ist der Uranabbau mit erheblichen, klimaschädlichen Eingriffen in Landschaft und ökologische Gefüge verbunden.
7. Der Landtag stellt fest, dass die Kraftwerksblöcke in Biblis erhebliche Sicherheitsmängel aufweisen. Biblis verfügt nicht über eine externe Notstandswarte und ist nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. Die Reaktoren in Biblis stellen ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung dar, deshalb müssen sie umgehend vom Netz genommen werden.
8. Der Landtag begrüßt die hohe Beteiligung an der Großdemonstration am 18. September in Berlin und erklärt sich solidarisch mit der Forderung eines sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. September 2010

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler